

Landesmedienkonferenz CORONAVIRUS

Redigierte Live-Mitschrift

24.04.2020

Organisiert durch:

ÖSDV – Österreichischer SchriftdolmetscherInnen-Verband



Erstellt von: Mag. Isabel Grundei, Mag. Isabella Ortner

Der vorliegende Text ist die redigierte Version der Live-Mitschrift, und ist als das Ergebnis einer flüchtigen mündlichen Darbietung zu verstehen, bei der die Schriftdolmetscher/in/nen nur stark eingeschränkte Möglichkeit der Korrektur hat/haben. Für Vollständigkeit und Richtigkeit kann daher keine Garantie übernommen werden.

Trotz des Korrekturdurchlaufs können Mitschriften Fehler enthalten, sei es durch Fehler der Sprechenden oder durch Fehler der Dolmetschenden. Darüber hinaus können Passagen, die in der Live-Situation verständlich waren, in Schriftform ohne Kontext wie Mimik, Gestik oder Präsentationsfolien unverständlich werden.

Bemerkungen und Nebengeräusche, die sich nicht direkt auf die Veranstaltung beziehen, werden in der Live-Situation angeführt, in der Mitschrift aber entfernt, außer der/die Sprecherin bezieht sich auf diese. Die vorliegende Mitschrift ist urheberrechtlich geschützt und als solche nur für den internen Gebrauch bestimmt. © 2020 Grundei, Ortner

Landesmedienkonferenz Coronavirus – 24.04.2020

(Fr. Augustin) (Tonstörung - unverständlich)

(LH Kompatscher) Einen schönen guten Nachmittag auch meinerseits. Ich darf auch Herbert Dorfmann, der bereits zugeschaltet ist, begrüßen.

Ich will Ihnen zunächst die Zahlen mitteilen, die uns vom Gesundheitsdienst übermittelt wurden. Es sind in den letzten 24 Stunden 1.068 Tests durchgeführt, also Abstriche vorgenommen und ausgewertet worden. Das sind insgesamt jetzt schon 35.062 Abstriche an 17.024 Personen. Von diesen 1.068 der letzten 24 Stunden waren 21 positiv.

Gleichzeitig dürfen wir vermelden, dass wir 420 Personen jetzt zusätzlich als geheilt betrachten können. Warum dieser große Sprung, werden sich einige fragen. In den letzten Tagen waren es 40, 50 Geheilte, die pro Tag dazugekommen sind. Jetzt sind in der Statistik auch mit etwas Verzögerung die Daten der letzten Tage der Auswertungen aus Padua und Innsbruck eingetroffen. Sie sind als negative Testergebnisse bei Personen, die schon einmal einen negativen Test hatten, in diesen Labors ausgewertet worden, und die sind jetzt zusätzlich wiederum negativ. Somit haben wir 420 zusätzlich geheilte Personen.

Von den 2.456 ursprünglich insgesamt Infizierten sind es jetzt schon 1.100, die wir als geheilt in den Statistiken führen können. Auch die Zahl in den Intensivstationen ist noch einmal rückläufig, auch um eine Einheit in Südtirol. Das wird noch einmal bestätigt. Was die Mitarbeiter anbelangt, so hat es nur eine Neuinfektion gegeben. Es sind also insgesamt in dieser ganzen Krisenphase 229 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsbetriebes gewesen von den Tausenden, die dort arbeiten, die irgendwann infiziert waren. 115 werden inzwischen schon offiziell als geheilt betrachtet. Es gab also in den letzten Wochen kaum noch Ansteckungen - wie gesagt, eine ist dazugekommen.

Bei den Basis- und Kinderärzten hingegen ist die Lage absolut stabil, da waren es insgesamt 14, wovon 10 schon geheilt sind.

Wir haben leider 2 Todesfälle zu verzeichnen in den letzten 24 Stunden. Es sind also insgesamt 263 Menschen, die an oder mit dem Coronavirus verstorben sind. Davon 161 in den Krankenhäusern und 102 in den Seniorenheimen.

Bevor ich Ihnen noch über die aktuelle Diskussion zur Phase II, wie sie genannt wird, berichten darf, glaube ich, ist an dieser Stelle der Moment, dass wir Nachrichten aus und über Brüssel hören, auch über die Europäische Union und die Einigungen, die erzielt worden sind in Bezug auf eine gemeinsame Aktion der Europäischen Union in dieser Krise. Deshalb darf ich hier das Wort weitergeben.

(Fr. Augustin) Wir schalten nun nach Brüssel zum EU-Abgeordneten Herbert Dorfmann. Er hat heute erzählt, er ist seit Dienstag wieder dort. Herr Dorfmann, langsam scheint auch der reguläre Betrieb im Europaparlament wieder Fahrt aufzunehmen, und dazu haben Sie sicher Vieles zu sagen. Danke.

(MdEP Dorfmann) (kein Ton)

(LH Kompatscher) Herbert, man hört leider nichts momentan. Wir haben wahrscheinlich--- Jetzt funktioniert es.

(MdEP Dorfmann) Schönen guten Nachmittag. Hört man mich? Entschuldigung. In der Tat, wir versuchen, unseren Parlamentsbetrieb auch in der physischen Präsenz wieder hochzufahren. Das Parlament hat selbstverständlich weitergearbeitet im Onlineverfahren. Aber ich denke, es ist auch notwendig, dass sich gerade in einer solchen Krise die Demokratie nicht verabschiedet. Ein Parlament muss weiter arbeiten, trotz der schwierigen Arbeitsumstände.

Bei uns kommt noch ein wesentlicher Punkt dazu: Viele Kolleginnen und Kollegen haben schlichtweg keine Möglichkeit, nach Brüssel zu kommen. Selbst wenn sie möchten, ist es nicht möglich, weil in vielen Staaten ganz einfach keine Flüge starten. Aber nichtsdestotrotz, ich bin hier in Brüssel und ich habe viele Kolleginnen und Kollegen, die von zu Hause aus arbeiten.

Lassen Sie mich ein paar Worte und eine persönliche Einschätzung zum Gipfel von gestern sagen. Gestern war der Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Er hat, glaube ich, insgesamt das gebracht, was wir uns eigentlich erwartet haben von einem solchen Gipfel. Endlich, nachdem die Finanzminister bereits vor zwei Wochen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen haben, haben nun auch die Staats- und Regierungschefs ein ambitioniertes Paket auf den Weg gebracht. Sie haben drei wichtige Entscheidungen getroffen.

Insgesamt geht es um € 540 Milliarden. Meiner Meinung nach ist das ein recht ausgewogenes Paket. Es geht einmal um eine Kreditlinie, die über die europäische Investitionsbank aufgelegt wird. Sie soll den Unternehmerinnen und Unternehmern, den kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Verfügung stehen, wo es konkret um die Stützung der Unternehmen geht. Dafür gibt es € 230 Milliarden.

Dann € 100 Milliarden in Richtung Arbeitnehmer für die Finanzierung der Lohnausgleichskassen der Mitgliedsstaaten, damit die Rechte der Arbeitnehmer in dieser Phase gesichert werden. Manche Staaten, allen voran Italien, haben immense Kosten. Aber nicht nur Italien, fast ganz Europa und fast die gesamte Europäische Union ist derzeit im Lock-down. Sie haben riesige Kosten in den Lohnausgleichskassen und den Kurzarbeiterkassen.

Eine dritte Maßnahme, die vor allem in Italien sehr kontrovers diskutiert wurde, ist der europäische Stabilitätsmechanismus, der ESM, über den € 210 Milliarden zur Verfügung stehen sollen. Das sind Kreditlinien aus diesem Instrument, das damals im März 2012 geschaffen wurde, um die fünf Staaten vor dem Staatsbankrott zu retten, die damals in der Finanzkrise sehr eng am Bankrott vorbeigeschlittert sind. Das sind Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal und Irland. Die damals gewährten Kredite sind zu einem großen Teil wieder an den ESM zurückgeflossen, das heißt, sie stehen jetzt zur Verfügung.

Insofern glaube ich, ist es auch richtig, dass dieses Geld jetzt genutzt wird. Es ist auch die italienische Forderung aus meiner Sicht richtig, dass das jetzt ohne makroökonomische Auflagen passiert. Die einzige Auflage für diese Kredite ist jene, dass dieses Geld dann wirklich auch verwendet wird, um in der Coronakrise zu helfen und nicht eventuell zum Beispiel alte Schulden abzubauen.

Aber ich glaube, man hat in Italien zum Teil auch vollkommen am Thema vorbei diskutiert. Das sind Kreditlinien, das ist kein geschenktes Geld. Es soll vor allem auch dazu dienen, wie auch damals in der Finanzkrise, dass die Staaten stabilisiert werden. Ministerpräsident Conte hat wahrscheinlich recht gehabt, wenn er gesagt hat, wahrscheinlich nutzt Italien diese Möglichkeit auch gar nicht, weil sich Italien derzeit am normalen Finanzmarkt mit einem kaum angestiegenen Spread Geld beschaffen kann.

Aber der Spread steigt eben nicht an, weil es dahinter die Finanzsysteme der Europäischen Union gibt. Das, glaube ich, vergisst man in Italien in dieser Phase viel zu oft. Einerseits der Eingriff der Europäischen Zentralbank mit € 750 Milliarden oder einer Obergrenze von € 750 Milliarden, die bei weitem noch nicht ausgenutzt ist.

Jetzt wird mit dem europäischen Stabilitätsmechanismus der Spread flach gehalten - das sollte man vielleicht auch einmal sagen -, obwohl wir einen Wirtschaftsabschwung in der EU erwarten, der zwei- bis dreimal so groß sein dürfte wie im Jahr 2012, wie im schlimmsten Jahr der Finanzkrise. Damals hatten wir einen Abschwung von 4,2 % insgesamt in der EU.

Wir müssen jetzt mit einer Zahl zwischen 8-12 % rechnen. Trotzdem ist der Aufschlag auf Staatspapiere, der Risikoaufschlag, der Spread, selbst in einem hochverschuldeten Staat wie Italien de facto flach geblieben. Das ist sicher darauf zurückzuführen, dass die Finanzinstrumente der Europäischen Union gegriffen haben und Italien zumindest diesbezüglich damit halbwegs in sicheren Gewässern ist.

Insgesamt: Ich glaube, in der ganzen Debatte der letzten Wochen prallen auch ein bisschen die Positionen aufeinander. Einerseits glaube ich, dass es jetzt dringend notwendig ist, die Wirtschaft in Europa wieder anzuschieben. Vor allem aus Italien ist oft die Position gekommen: Wir können das nicht tun und Europa muss das bezahlen. Das ist als Position etwas einfach. Ich glaube, wir brauchen jetzt schon eine kombinierte Aktion. Einerseits müssen die Wirtschaftskreisläufe wieder angeschoben werden, andererseits muss es logischerweise solidarisch innerhalb der EU passieren, damit die am meisten geschädigten Staaten, Italien und Spanien allen voraus, unterstützt werden.

Diese drei Maßnahmen, die beschlossen wurden und in den nationalen Parlamenten noch ratifiziert werden müssen, von allen nationalen Parlamenten in den 27 Mitgliedsstaaten, sollten am 1. Juni in Kraft treten. Den nationalen Parlamenten bleibt ein Monat zur Ratifizierung, am 1. Juni soll das Geld dann fließen. Aber dann braucht es, und da haben die italienische und die französische Regierung völlig recht gehabt, nachher einen großen Wiederaufbaufonds. Das heißt, wir werden massive Maßnahmen brauchen, um die Wirtschaft in den Mitgliedstaaten und im Binnenmarkt wieder in Gang zu bringen.

Wir haben inzwischen einen enormen Recovery-Fonds angenommen. Und da geht es in den nächsten Wochen wahrscheinlich darum, wie er finanziert wird. Das System braucht das, darüber haben sich die Staats- und Regierungschefs gestern geeinigt. Ich denke, dass der Weg, der sich anbaut, der richtige ist, und zwar diesen Fonds über den Haushalt der Europäischen Union zu finanzieren. Wir sind diesbezüglich in einem guten Moment. Wir sind dabei, den Jahreshaushalt 2021-2028 zu definieren.

Es ist wahrscheinlich demokratisch das Richtigste, jetzt zu sagen, wir nehmen diesen Haushalt, wir brauchen einen größeren Haushalt in den nächsten sieben Jahren. Wir müssen diesen Haushalt nicht in Siebteln, also jedes Jahr gleich aufteilen wie bisher, sondern frontloaden, das heißt deutlich mehr Geld in den ersten zwei Jahren als in den Jahren nachher haben, um diesen Wiederaufbau zu schaffen.

Und es braucht, und das hat die Frau Kanzlerin in der Nacht noch gesagt, die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, deutlich mehr in den europäischen Haushalt zu zahlen. Alles andere wäre gefährlich. Wenn es jetzt so enden würde, dass die Mitgliedstaaten sagen, OK, wir machen das über den Haushalt, aber wir sind nicht bereit, mehr in den Haushalt zu zahlen, dann müssten de facto jene Kapitel bezahlen, die bisher aus dem EU-Haushalt vor allem finanziert worden sind.

Das sind die Strukturfonds, das sind auch die großen Bauprojekte, zum Beispiel bei uns der Brenner Basistunnel, und das ist vor allem die Landwirtschaft. Und es wäre jetzt äußerst ungerecht, wenn am Ende die Bauern, um es sehr salopp zu sagen, die Zeche zahlen müssten, um den Wiederaufbau zu finanzieren. Man muss die zwei Dinge auseinanderhalten. Aber dann ist es richtig, dass es über den Haushalt passiert. Da gibt es auch eine politische Kontrolle des Parlaments. Da gibt es Verfahren, man muss nichts neu erfinden. Die Corona-Bonds müsste man neu erfinden und den Lissabon-Vertrag müsste man abändern, damit ein solches Instrument überhaupt erst möglich würde.

Die Dinge gehen jetzt schon in die eindeutig richtige Richtung und ich glaube, dass inzwischen die Europäische Union in der Krise nach anfänglichen Schwierigkeiten und zögerlichem Verhalten doch deutlich aktiver geworden ist.

Zwei Dinge möchte ich noch kurz ansprechen. Für uns interessant ist Folgendes: Es gab gestern von den Staats- und Regierungschefs einen Auftrag an die Tourismusminister, sich zu

koordinieren, was das Wiederanschieben des Tourismus in der Europäischen Union betrifft. Da haben ja einige Staaten inzwischen begonnen, bilaterale Abkommen zumindest anzudenken. Und die Staats- und Regierungschefs haben gestern gesagt, das wollen wir gemeinsam tun.

Wir wollen gemeinsame Regeln auf den Weg bringen und gemeinsam über Quarantänemaßnahmen nachdenken und über gemeinsame Grenzkontrollen, sodass der Tourismus in Europa wieder starten kann. Es wird nächste Woche eine Sitzung der Tourismusminister der Europäischen Union geben, wo dieses Thema zum ersten Mal debattiert wird. Ich hoffe schon, dass auch in dieser Frage europäische Bewegung kommt.

Gerade für unser Land wäre das unheimlich wichtig, dass es da klare Bestimmungen, auch gesamteuropäisch, gibt. Wir haben ja gerade in unserem Land Gäste aus fast ganz Europa. Für uns wäre es logischerweise äußerst vorteilhaft, wenn es hier eine gemeinsame Regelung gäbe.

Ein letzter Punkt noch, der direkt meine Arbeit betrifft: Ich mache mir derzeit sehr viel Sorge um die Bewegung von Saisonarbeitern. Die Europäische Kommission hat bereits am 30. März die Mitgliedstaaten angehalten, dafür zu sorgen, dass Saisonarbeiter und grenzüberschreitende Tages- und Wochenpendler sicher die Grenze überschreiten dürfen, dass die sanitären Auflagen eingehalten werden, sie aber arbeiten dürfen, vor allem in systemrelevanten Bereichen, auch in der Landwirtschaft und in der Pflege. Und einige Mitgliedstaaten kommen dieser Aufforderung derzeit ganz einfach nicht nach.

Um es konkret zu sagen: Wenn ein Saisonarbeiter in der Landwirtschaft derzeit von Rumänien nach Südtirol kommen will, ist es de facto unmöglich. Er wird durch Ungarn und Österreich nicht durchgelassen und kann also daher nicht herkommen. Wenn er herkommt, muss er 14 Tage in Quarantäne, was logischerweise dann auch die Frage aufwirft, wer bezahlt diese Zeit. Hier braucht es vernünftige Regelungen.

Andere Staaten haben solche Regelungen geschaffen. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel hat eine sogenannte aktive Quarantäne eingeführt, das heißt diese Menschen können arbeiten, ab sofort, allerdings in den ersten 14 Tagen getrennt von den anderen Mitarbeitern. Sie schlafen in eigenen Räumen. Ich glaube, man kann hier Regelungen finden, die auch aus sanitären und gesundheitlichen Gründen vertretbar sind.

Die Staaten müssen entweder Luftbrücken zulassen oder zumindest zulassen, dass die Menschen über den Landweg reisen dürfen. Das ist in Südtirol bereits ein Problem, wird aber in der Landwirtschaft von Tag zu Tag ein größeres Problem. Wir brauchen jetzt Saisonarbeiter. Das ist auch in der Pflege ein Problem und wird ein Problem, vor allem wenn wir daran denken, irgendwann dann im Mai oder hoffentlich im Juni, den Tourismus wieder anzuschieben. Dann brauchen wir Saisonarbeiter, weil sonst wissen wir alle, dass weder unser Tourismus noch unsere Landschaft funktionieren kann.

Ich habe heute Nachmittag der Frau Kommissionspräsidentin einen Brief geschrieben, in dem ich sie dringend auffordere, dafür zu sorgen, dass die Mitgliedsstaaten der Aufforderung der Kommission vom 30. März nachkommen und jene Aufgaben machen, die sie zu machen haben, damit einerseits die Menschen das Recht haben zu arbeiten - viele Rumänen wollen zum Beispiel nach Südtirol und nach Italien kommen zum Arbeiten, Menschen aus Polen oder insgesamt aus Mitteleuropa. Andererseits werden in vielen Unternehmen in verschiedenen Bereichen und auch in der Pflege diese Menschen dringend gebraucht, und sie sollten auch die Möglichkeit haben, zu kommen.

Das wären von mir die wichtigsten derzeitigen Meldungen aus Brüssel. Danke sehr.

(Fr. Augustin) Herr Dorfmann, herzlichen Dank. Das war jetzt sehr viel von den Hilfspaketen, über den Wiederaufbaufonds, den Tourismus und die Regelung der Saisonarbeiter. Dazu möchte sicher Landeshauptmann Kompatscher auch noch einiges sagen. Danke.

(LH Kompatscher) Nein, eigentlich von meiner Seite gibt es hier nicht besonders viel zu ergänzen, außer dass es mich schon freut, dass Bewegung wieder in europäische Debatte kommt. Sehr viele dieser Probleme, die sich durch die Coronaepidemie ergeben haben, können nur europäisch gelöst werden. Ich denke die allermeisten können nur gemeinsam und europäisch gelöst werden.

Und ich freue mich vor allem darüber, dass man jetzt von Justament-Standpunkten, die es in der Debatte gegeben hat in den letzten Wochen über die Finanzinstrumente, die zur Verfügung gestellt werden, abgerückt ist. Es war irgendwann fast ein Streit um Namen. Bonds darf es nicht heißen, anders darf es auch nicht heißen. Es ist gut, dass man jetzt mehr auf die Substanz geachtet hat und schaut, wirksame Instrumente zur Verfügung zu stellen. Natürlich geht es jetzt

darum, das Ganze umzusetzen und ich hoffe, dass es keine Unfälle bei der Ratifizierung in den nationalen Parlamenten geben wird.

Und ich hoffe, dass dieser Geist vom gestrigen Gipfel dann auch in nächster Zeit wieder weht. Dass es wieder mehr Abstimmungen und Absprache gibt. Dann werden Dinge auch leichter lösbar, insbesondere auch die Fragen, die Herbert Dorfmann zuletzt noch genannt hat, den Tourismus natürlich und die dazu notwendige Reisefreiheit.

Hier darf ich vielleicht ergänzen, selbstverständlich liegt es auch an uns. Wir müssen auch zeigen, dass wir eine sichere Region sind. Das bemühen wir uns zu tun. Wir sind mit dem deutschen Außenministerium in Kontakt, auch mit dem Robert-Koch-Institut, um das offenzulegen. Wir wollen aufzeigen, was wir gemacht haben und wie wir arbeiten. Und ich bin überzeugt, jedes touristische Produkt muss in den nächsten Monaten mit Sicherheit, wenn nicht sogar länger, auch das Element Sicherheit für die Gesundheit als Teil des Produktes haben, wo man auch aufzeigt, wie gearbeitet wird und was man garantieren kann.

Und natürlich die Frage der Saisonarbeiter, die treibt uns um. Aber ich bin mir sicher, Herbert Dorfmann wird es auch hier gelingen, Druck auszuüben. Es ist klar, das hängt nicht von Einzelentscheidungen ab. Hier braucht es auch wieder ein Paket an Maßnahmen, aber ich sage einmal: Das sind jetzt doch bessere Meldungen als wir sie vorher in den letzten Wochen gewohnt waren. Es bewegt sich wieder etwas und es scheint jetzt auch wieder das allgemeine Verständnis eingetreten zu sein, dass einzelne Staaten alleine hier gar nichts oder nur ganz wenig bewegen können.

(Fr. Augustin) Danke, Herr Landeshauptmann. Herr Dorfmann, noch eine Frage nach Brüssel. Wie stehen die Chancen, dass man im Sommer wieder durch Europa reisen kann, wenn auch mit Einschränkungen?

(MdEP Dorfmann) Ich persönlich glaube, dass insgesamt Prognosen sehr, sehr schwierig sind, und ich halte wenig davon. Auch in der Presse überschlagen sich ein bisschen die Meldungen, sie sind zum Teil auch total kontrovers zwischen "Es wird überhaupt nicht gehen" und "Es wird in bestimmten Regionen gehen". Ich glaube, da gebe ich dem Herrn Landesobmann recht, es wird sehr davon abhängen, wie sich diese Pandemie insgesamt entwickelt. Wir hoffen alle, dass

wir nicht nur in Südtirol, sondern insgesamt die Zahlen in Europa in den Griff bekommen. Das ist derzeit die wichtigste Voraussetzung.

Ich glaube, es ist allen bewusst, auch auf europäischer Ebene, dass wir Regionen haben in Europa, die so massiv vom Tourismus abhängen und ganze Staaten, die so massiv vom Tourismus abhängen, dass ein Ausfall der Sommersaison katastrophal wäre. Wenn man sich den gesamten Mittelmeerraum anschaut, wo es fast nur Sommertourismus gibt, wenn dort in den nächsten Monaten, den nächsten sechs Wochen der Tourismus nicht angeschoben werden kann, fällt de facto ein ganzes Jahr aus.

Da glaube ich, ist den meisten schon bewusst, dass das vielen Betrieben das Leben kosten würde und dass es hier Maßnahmen braucht, dass Menschen reisen dürfen und dass sie auch so reisen dürfen, dass sie Tourismus machen können. Ich denke, die Idee, dass sie dann in irgendeine Plexiglascontainer eingesperrt werden, das wird es nicht spielen. Man muss einen vernünftigen Weg finden. Aber es wird maßgeblich davon abhängen, ob es uns gelingt, in Europa die Infektionsraten auf ein Maß zu bringen, sodass eine Aufhebung der massiven Reisebeschränkungen und Quarantänemaßnahmen auch aus sanitären Gründen möglich sein wird.

(Fr. Augustin) Dankeschön. Dazu passt auch noch diese Frage wunderbar: In Schweden, schreibt ein Onlinemedium, sind die Zahlen rückläufig, obwohl es dort keinen Lock-down gegeben hat. Was macht Schweden besser als Italien, Herr Landeshauptmann?

(LH Kompatscher) Gut, das ist ein Argument, das wir jetzt öfter hören. Das hat auch damit zu tun, dass die Menschen jetzt wirklich ungeduldig werden, verständlicherweise. Mit diesen einschränkenden Maßnahmen lässt sich nicht leicht leben. Das gilt für die Wirtschaft, aber auch für das gesellschaftliche Leben, das gilt für das Wohlbefinden der Menschen auch insgesamt. Und das ist klar, dass man jetzt auch diese Auflockerungen wirklich herbeisehnt. Es hat jetzt welche gegeben, und da zeigt man gerne auf Schweden.

Nur man muss halt auch der Wahrheit die Ehre geben. Das stimmt nicht. Das ist eine Mär, die lange verbreitet wurde: In Schweden wäre es so toll, da hat man nichts gemacht. Ja, da hat man am Anfang nicht auf Einschränkungen gesetzt. Schweden hat 213 Tote, aktuelle Zahl, pro 1 Million Einwohner. Schweden liegt somit mit dieser Zahl unter den Flächenstaaten leider unter

jenen, die eine der höheren Raten haben. Das ist mehr als die Schweiz. Deutschland hat zum Beispiel 67 und Österreich 57, um einen Vergleich zu nennen. Also unter den Flächenstaaten sind es nur Frankreich, Spanien und Italien, die höhere Zahlen aufweisen.

Und Schweden hat eben absolut nicht gute Zahlen, auch was die anderen Indikatoren anbelangt. Und deshalb hat Schweden auch vor einigen Tagen einen kompletten Schwenk gemacht. Es gibt jetzt auch dort einschränkende Maßnahmen. Auch Schweden hat jetzt die Strategie gewechselt, weil die Zahlen schlecht sind. Das stimmt ganz einfach nicht.

(Fr. Augustin) Hier haben wir noch eine Frage zum Thema Tourismus. Laut einem Onlinemedium hat Österreich angekündigt, seine Grenzen im Sommer für Urlauber aus Deutschland und Tschechien öffnen zu wollen. Wird es hierzu auch Gespräche mit Südtirol geben bzw. sind Sie schon im Gespräch mit Österreich oder Deutschland?

(LH Kompatscher) Ja, es gibt die Gespräche. Natürlich hoffen wir, dass es eigentlich das gibt, was Herbert Dorfmann genannt hat, nämlich, dass es hier auch eine europäische Lösung gibt. Das ist schon einmal eine gute Meldung, dass es diesen Auftrag an die europäischen Tourismusminister gibt, hier einen Dialog zu beginnen, wie man das Ganze gewährleisten kann.

Aber natürlich gibt es auch bilaterale und trilaterale Gespräche. Wir sind mit Österreich und Deutschland im Gespräch. Wir wollen, sollte es hier nur eingeschränkte bilaterale und trilaterale Abkommen geben, mit im Boot sein.

Dazu bräuchte es eine differenzierte Betrachtung Südtirols bei allfälligen Reisewarnungen durch das Institut, das in diesem Fall zuständig ist, wenn es um eine sanitäre Reisewarnung geht, also das Robert-Koch-Institut. Daher haben wir entsprechend Verbindung aufgenommen, um das möglich zu machen.

Dazu müssen wir wiederum, wie gesagt, die Zahlen entsprechend vorlegen. Österreich und Deutschland, das hat sich ja daraus ergeben, dass man der Ansicht ist in beiden Ländern, man hat ähnlich gute Standards erreicht. Daher ist man bereit, über mögliche Grenzöffnungen zu reden. Zu wünschen ist, dass wir in Europa überall ähnlich gute Standards erreichen, dann würden sich die Reisebeschränkungen Schritt für Schritt erübrigen.

(Fr. Augustin) Es gibt noch eine lokale Frage. Eine Minute haben wir noch. Rechnen Sie mit einer zweiten Welle, da viele wieder arbeiten und vermehrt wieder zusammenkommen? Wie groß ist die Gefahr, dass alles wieder hochkommt sozusagen?

(LH Kompatscher) Das ist die große Frage, mit der sich alle Verantwortungsträger und Entscheidungsträger in Europa und in europäischen Staaten, aber auch Regionen herumschlagen müssen. Was können wir zulassen, ohne eine sogenannte zweite Welle zu riskieren? Wir haben jeden Schritt gesetzt, gerade auch mit diesen Abwägungen, nach Rücksprache auch mit den Gesundheitsexperten.

Es geht hier nicht um Mut, oder vielleicht sogar mehr als das, Leichtsinn und Leichtfertigkeit, auf der einen Seite, und Zögerlichkeit auf der anderen Seite. Sondern es geht um das richtige Maß. Und es geht vor allem darum, eine richtige Bewertung vorzunehmen. Welche Tätigkeiten, welche, auch neue Bewegungsfreiheiten und vor allem in welcher Form sollen diese zugelassen werden, ohne dass damit das Risiko besonders erhöht wird?

Hier hängt es in erster Linie auch vom Verhalten eines jeden Einzelnen ab. Wir haben in Südtirol den Weg gewählt, Vertrauen in die Bevölkerung zu haben, in die Reife unserer Gemeinschaft und Gesellschaft, in das Verantwortungsbewusstsein. Dadurch haben wir auch hier weitere Lockerungen gemacht. Es gibt in Südtirol Tätigkeiten auf den Baustellen zum Beispiel, die gibt es anderswo in Italien in dieser Form nicht. Wir bauen aber darauf, dass man die Sicherheitsprotokolle zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen peinlichst einhält.

Wenn das nicht so wäre, müssten solche Maßnahmen auch wieder zurückgenommen werden. Das ist auch ganz klar. Das Ganze wird auch durch die Behörden kontrolliert. Das ist die Bedingung und das ist der Pakt, den wir hier schließen zwischen Regierung und Bevölkerung. Strengen wir uns alle gemeinsam an, dann können wir uns auch das Leben schneller wieder leichter machen.

(Sprecher/in) Herzlichen Dank den Gesprächsteilnehmern, Landeshauptmann Arno Kompatscher hier im Landespressesaal in Bozen und dem Europaparlamentarier Herbert Dorfmann in Brüssel.

Danke für Ihr Interesse, die nächste Landesmedienkonferenz zum Thema Coronavirus findet am kommenden Dienstag, 28. April, wie gewohnt um 16:30 Uhr statt. Bis dahin schönes Wochenende, alles Gute und bleiben Sie gesund!

Meine Kollegin Silvia Fabbi übernimmt für die Pressekonferenz in italienischer Sprache.
Danke.